

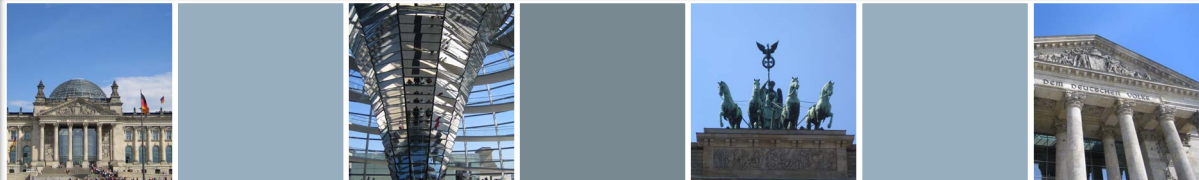
# Brief aus Berlin

Ihres Bundestagsabgeordneten im Wahlkreis Stuttgart-Süd  
**Dr. Stefan Kaufmann**

04/2013

06.03.2013

**CDU/CSU**  
Fraktion im Deutschen Bundestag



Liebe Leserinnen und Leser,

Politiker zu sein heißt Entscheidungen zu treffen – und Entscheidungen zu akzeptieren. Nach intensiven internen Diskussionen habe ich am letzten Donnerstag entschieden, gemeinsam mit meiner Fraktionskollegin Katherina Reiche zum Thema Gleichstellung bei Günther Jauch aufzutreten – wohlwissend, dass es nicht ganz einfach ist, die unterschiedlichen Meinungen in der Union zu diesem Thema TV-öffentlich auszutragen. Es ist uns aber ohne gegenseitige Verletzungen gelungen. Und das obwohl ich die Argumentation meiner Kollegin selbst bei unterstelltem Verständnis für die Gegenposition nur schwer erträglich finde. Den Beschluss des Partei-Präsidiums vom Montag finde ich daher bedauerlich; ich hätte mir mehr Mut und weniger Einknicken vor der CSU gewünscht. Aber ich akzeptiere das Votum. Entscheidungen akzeptieren müssen auch die Stuttgart 21-Gegner. Es hatte sich in den letzten Tagen abgezeichnet, dass sich der Aufsichtsrat für die Fortsetzung des Projekts aussprechen wird – trotz aller ärgerlichen und nicht schönzuredenden Versäumnisse vor allem – aber nicht nur – bei der Bahn. Jetzt sind die Projektpartner – allen voran das Land und der OB – gefordert, den Weiterbau nicht länger zu hintertreiben, sondern das Projekt konstruktiv zu begleiten und zu fördern.

In diesem Sinne grüßt Sie herzlich

Ihr

**Impressum:**

Dr. Stefan Kaufmann MdB  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel.: 030/227-72494  
Fax: 030/227-76228  
www.stefan-kaufmann.de

E-Mail:  
stefan.kaufmann@bundestag.de

## Vollständige Transparenz der Kostenentwicklung von S 21 gefordert



Das Medieninteresse an Stuttgart 21 ist auch in der Hauptstadt ungebrochen

**Berlin** – In der Sitzung des Verkehrsausschusses am vergangenen Mittwoch haben sich sowohl der Bahnvorstand wie auch der Bundesverkehrsminister nochmals deutlich für die Fortsetzung des Projekts Stuttgart 21 ausgesprochen. Auch Union und FDP stehen trotz der erheblichen Mehrkosten zu dem Projekt. Der Bahnvorstand hat die Wirtschaftlichkeit der Fortführung des Projekts im Vergleich zu einem Abbruch überzeugend begründet. Der Weiterbau sei nicht nur volkswirtschaftlich, sondern auch betriebswirtschaftlich sinnvoller als ein Projektstopp – zumal die Risiken eher zu hoch angesetzt seien. Auch die Ausstiegskosten in Höhe von rund 2 Mrd. Euro wurden vom Bahnvorstand plausibel dargelegt; auch hier sei die Schätzung eher vorsichtig. Die Höhe der Kosten gelte im übrigen selbst für den Fall einer einvernehmlichen

Rückabwicklung. Des weiteren wurde nochmals deutlich, dass weder Stadt und Land ein Interesse an einem Projektende signalisiert haben, sondern für eine Fortsetzung von Stuttgart 21 plädieren. Klar wurde auch, dass eine isolierte Realisierung der Neubaustrecke Wendlingen-Ulm ohne Stuttgart 21 – also bei bloßer Renovierung des bestehenden Kopfbahnhofs – eine bundesseitige Finanzierung der Schnellbahn-Strecke erschweren würde. Nachdem wir bei Bekanntwerden der erheblichen Kostensteigerungen beim Projekt Stuttgart 21 im Dezember letzten Jahres sehr irritiert waren, anerkennen wir ausdrücklich die Bemühungen der Deutschen Bahn, nach vielen Anläufen nun endlich eine belastbare Kostenberechnung auf Basis des 6-Punkte-Programms vorzulegen. Stuttgart 21 ist ein volkswirtschaftlich wichtiges Projekt. Wir stehen dazu. Aber es muss endlich klar sein, was es wirklich kostet. Wir brauchen absolute Transparenz: alle Risiken müssen auf den Tisch, genauso wie eine umfassende Analyse und Begründung der Mehrkosten. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion begrüßt daher auch die Überprüfung der Kostenentwicklung durch

den Bundesrechnungshof. Wenn sich dadurch weitere Möglichkeiten der Kosteneinsparung ergeben, kann das nur von Vorteil sein. Klar ist zudem: auch die Projektpartner – das Land Baden-Württemberg, die Stadt Stuttgart und die Region – müssen Verantwortung übernehmen, jedenfalls für die Mehrkosten, die durch zusätzliche Wünsche aus dem Schlichtungsverfahren und dem Filder-Dialog entstanden sind. Wir dürfen nicht vergessen: Stuttgart 21 ist ein zentrales Schienenprojekt in Deutschland und nicht nur von regionaler, sondern auch von nationaler und europäischer Bedeutung. Bei Projektabbruch stehen zudem neue Investitionen der Deutschen Bahn AG auf dem Spiel: Die Risiken für das Unternehmen sind weitaus höher als bei der Fortsetzung von Stuttgart 21. Zudem blieben die Stuttgarter bei Abbruch auf einem zwar renovierten, aber dennoch alten Bahnhof sitzen, der Stadt, Region und Land verkehrstechnisch überhaupt nicht weiter bringen würde – ohne Anbindung des Bahnhofs an die Schnellbahn-Trasse und an den Flughafen. Zudem wären sämtliche städtebaulichen Chancen für Stuttgart vertan.

## Keine automatische Weitergabe von Meldedaten

**Berlin** – Ich bin froh über einen Beschluss, den wir am vergangenen Donnerstag gefasst haben. Nach dem nun beschlossenen Gesetz zur Fortentwicklung des Meldewesens dürfen Einwohnermeldeämter persönliche Daten der Bürger künftig nur bei ausdrücklicher

Einwilligung der Betroffenen an Unternehmen weitergeben. Eine automatische Weitergabe von Meldedaten ist damit nicht mehr möglich. Zu diesem Thema erhielt ich zahlreiche Zuschriften von Ihnen. Bürger können künftig ihre Zustimmung entweder

generell der Meldebehörde oder individuell einem einzelnen Unternehmen gegenüber erteilen. Die Ämter sollen stichprobenartig überprüfen, ob entsprechende Einwilligungserklärungen vorliegen. Verstöße werden mit Bußgeldern geahndet.

## „Gleichstellung gefährdet nicht den Fortbestand unserer Gesellschaft“



Bei Günther Jauch in der ARD,  
© Norddeutscher Rundfunk

**Berlin** – In den letzten Tagen wurde nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur sogenannten Sukzessiv-Adoption in der Union intensiv über das Thema Homosexualität diskutiert. Bei verschiedenen Medienauftritten habe ich folgende Position vertreten: Die CDU ist eine Partei des Rechtsstaats. Das Urteil des BVerfG war nicht das erste Urteil, in dem das höchste deutsche Gericht eine Ungleichbehandlung der eingetragenen Lebenspartnerschaft schlicht für verfassungswidrig erklärt hat. Verantwortungsvolle Politik sollte das Verfassungsgericht nicht

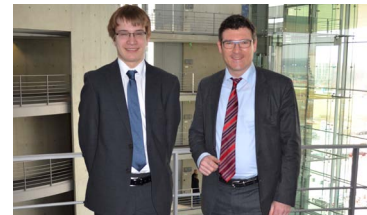
ständig in die Rolle des Ersatzgesetzgebers drängen und nun handeln. Bei einer eingetragenen Lebenspartnerschaft gehen zwei Menschen das Versprechen ein, ein Leben lang füreinander einzustehen. Gerade als christliche Partei würde es uns gut anstehen, dies auch zu würdigen. Die Gleichstellung gefährdet auch nicht den Fortbestand der heterosexuellen Ehe mit Kindern. Viele Kollegen machen sich Sorgen um die Stammwählerschaft, sollte die CDU ihre bisherige Position zur Gleichstellung ändern. Diese Sorgen teile ich nicht. Unsere Wähler sind in diesem Punkten weiter als wir. Es geht nicht nur um rund 67.000 eingetragene Lebenspartnerschaften. Es geht um Millionen Menschen. Um ihre Gefühle. Und ihre Identität. Um das, was sie als Person ausmacht. Es gebietet also schon der Respekt vor den Menschen

mit homosexueller Veranlagung, die Gleichstellung umzusetzen. Fazit: Die Gleichstellung ist verfassungsrechtlich zwingend, politisch sinnvoll und vor dem Hintergrund unseres christlichen Menschenbildes auch geboten. Die CDU steht für die Förderung der Familien. Wir brauchen also ein Familiensplitting, das die steuerlichen Vorteile an das Vorhandensein von Kindern knüpft. Hierauf sollte sich die CDU in Zukunft konzentrieren, anstatt anachronistische Debatten zu führen. Dann werden wir auch in den Städten wieder erfolgreich sein.



Im ZDF-Morgenmagazin,  
© Zweites Deutsches Fernsehen

## Praktikum beim MdB



Zusammen mit Camillo Gaul im Paul-Löbe-Haus

**Berlin** – In den vergangenen beiden Sitzungswochen hat Camillo Gaul in meinem Berliner Büro ein Praktikum gemacht. Der Stuttgarter studiert Jura in Tübingen. Unter anderem besuchte er Sitzungen der Arbeitsgruppen Verkehr und Bildung sowie des Bildungsausschusses. Außerdem nahm Camillo am Praktikantenprogramm der CDU/CSU-Fraktion teil. Dort stand unter anderem eine Diskussionsrunde mit Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble auf dem Programm. Der Minister nahm sich viel Zeit für die Diskussion mit den Praktikanten über Europa und die Finanzpolitik.

## Infrastrukturkongress der CDU Nordwürttemberg



Gemeinsam mit Steffen Bilger MdB  
und Stefan Kölbl, Vorstandsvorsitzender  
der Dekra e.V.

**Stuttgart** – Das Thema Verkehrsinfrastruktur beschränkt sich nicht nur auf Stuttgart 21. Ich bin deshalb dankbar, dass der Bezirksverband Nordwürttemberg gemeinsam mit der Dekra nach Stuttgart-Vaihingen geladen hat, um mit Amts- und Mandatsträgern über aktuelle und grundsätzliche

Themen der Infrastrukturpolitik in Arbeitsgruppen zu diskutieren. Mit Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer konnte ein hochkarätiger Referent gewonnen werden. Seine Aussage im Eingangsstatement vor der wichtigen Aufsichtsratssitzung am 5. März war klar: Die Bundesregierung steht weiter zu Stuttgart 21. Ein Ausstieg macht aus verkehrlichen, planerischen und wirtschaftlichen Gründen keinen Sinn. Ich danke dem Bundesverkehrsminister für seine klaren Worte und meinem Kollegen Steffen Bilger, der eine solch wichtige Veranstaltung zum richtigen Zeitpunkt in meinem Wahlkreis organisiert hat.

## „Rasender Roland“ auf der Überholspur



**Stuttgart** – Nun ist es offiziell: Der Weiterbestand der Stuttgarter Verkehrspuppenbühne, der Verkehrskasper, ist gesichert. Es ist mir als Schirmherr gelungen, die Daimler AG für eine weitere Förderung auch in 2013 zu gewinnen. Die Verkehrserziehung liegt mir sehr am Herzen. Denn alles, was die Verkehrssicherheit für unsere Kinder erhöht, verdient Unterstützung. Und wenn dies dann noch so gut und nachhaltig umgesetzt wird wie beim

Verkehrskasper umso mehr. Der Verkehrskasper der Stuttgarter Verkehrswacht ist gefragt wie nie: Alleine im vergangenen Jahr ist die Verkehrspuppenbühne mit dem Stück „Der Rasende Roland“ rund 140 Mal in Stuttgarter Kindertagesstätten und Grundschulen aufgetreten, seit der Premiere Ende 2010 haben bisher rund 16.000 Kinder das neue Stück der Verkehrspuppenbühne gesehen. Auch 2013 wird der Verkehrskasper durch die Klassenzimmer und Turnhallen der Stadt ziehen und den Kindern auf spielerische Weise zeigen, wie sie sich im Straßenverkehr verhalten sollen. Im Stück „Der Rasende Roland“ lernen Kinder, Risiken im Verkehrsalltag zu erkennen.